8.6.18



# GroKo muss Kita-Gesetz nachbessern

## Noch offene Fragen bei Gebührenfreiheit

**Hannover.** Wenige Tage vor der geplanten Verabschiedung des neuen Kita-Gesetzes, das die Abschaffung der Gebühren für Eltern von drei- bis sechsjährigen Kindern vorsieht, muss der Entwurf nachgebessert werden. Die Landtagsfraktionen von SPD und CDU legten am Donnerstag ein Papier mit präzisierten Formulierungen vor. Zuvor hatte der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst (GBD) des Landtags erhebliche Unklarheiten bemängelt.

Das neue Kita-Gesetz sieht vor, dass Eltern ab August keine Gebühren für den Kindergartenbesuch zahlen. Der GBD hatte kritisiert, dass der Gesetzentwurf die Frage ungeklärt lässt, wie es mit dem Anspruch der Eltern auf Beitragsfreiheit aussieht, wenn ein freier Träger doch Gebühren erhebt. Denn dies kann der Gesetzgeber nicht verbieten.

Der nachgebesserte Entwurf von SPD und CDU sieht nun vor, dass Träger, die doch Gebühren erheben, künftig nur noch den bisherigen Personalkostenzuschuss von 20 Prozent erhalten und nicht die 55 und später 58 Prozent wie die Kitas ohne Gebühren. Die GroKo geht davon aus, dass kein freier Träger Gebühren erheben wird.

„Ich bin entsetzt, dass bei dem Gesetzentwurf so unsauber gearbeitet wurde", sagte die Julia Willie Hamburg (Grüne). Björn Försterling (FDP) erklärte, dies sei ein weiterer Beweis dafür, dass das Gesetz mit viel zu heißer Nadel gestrickt sei. *dö/sen*

HAZ 9.6.18



# Juristen bemängeln Kita-Gesetz

## Sprachförderung wirft Probleme auf

Von Saskia Döhner

**Hannover.** Die Landtagsjuristen haben mit dem Entwurf des neuen Kita-Gesetzes der Großen Koalition erhebliche Probleme. Das betrifft neben der Beitragsfreiheit auch die Verlagerung der vorschulischen Sprachförderung in den Kindergarten. „Die Zeit war sehr knapp, und die Rechtsmaterie ist sehr komplex", sagte eine Vertreterin des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes (GBD) am Freitag im Kultusausschuss des Landtages. Der am Donnerstag eingebrachte Änderungsantrag von SPD und CDU löse längst nicht alle rechtlichen Unstimmigkeiten, hieß es.

Ein Beispiel seien Kitas von freien Trägern, die weiterhin Beiträge verlangen. Da das Land ihnen nicht vorschreiben kann, keine Gebühren zu erheben, sollen sie auch künftig nur einen Personalkostenzuschuss von 20 Prozent bekommen – und nicht 55 Prozent wie die anderen Kitas. Damit sei das Problem aber nicht vom Tisch, dass Eltern gegen Kommunen klagen und sich so etwaige Beiträge zurückerstatten lassen könnten, räumte der GBD ein. Der SPD-Abgeordnete Stefan Politze (SPD) entgnete, es sei unwahrscheinlich, dass freie Träger künftig Gebühren verlangen würden.

Offene Fragen gibt es auch beim Rechtsanspruch auf Sprachförderung, die im Jahr vor der Einschulung gewährt werden soll. Wie die für Kinder sichergestellt werden soll, die nicht in den Kindergarten gehen, und etwa von Tagesmüttern betreut werden, ist laut GBD noch unklar.

In der Ausschusssitzung scheiterte die Opposition mit ihrem Vorstoß, die noch für Juni geplante Abstimmung über das Kita-Gesetz zu verschieben. Björn Försterling (FDP) nannte es „schlecht gemacht", Julia Willie Hamburg (Grüne) sagte: „Bei der GroKo geht Eile vor Sorgfalt."

HAZ 21.06.18

Weitere Ergebnisse des Spieltags: Portugal – Marokko 1:0 | Uruguay – Saudi-Arabien 1:0 | Iran – Spanien 0

# Eltern zahlen ab August keine Kita-Gebühren mehr

## Landtag beschließt Gratis-Angebot: Kinder haben Anspruch auf acht Stunden kostenlose Betreuung / Opposition fürchtet Qualitätseinbußen

Von Michael B. Berger

**Hannover.** Eltern in Niedersachsen müssen vom 1. August an keine Kita-Gebühren mehr zahlen. Das hat der niedersächsische Landtag am Mittwoch mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen. Kinder ab drei Jahren haben künftig Anspruch auf acht Stunden kostenfreie Betreuung pro Tag. Dies kostet das Land zunächst rund 300 Millionen Euro. Bislang war nur das letzte Jahr vor der Einschulung gratis.

CDU-Bildungsexpertin Mareike Lotte Wulf sprach von „einem guten Tag für Eltern", während die Landtagsopposition das Gesetz scharf kritisierte. Es sei handwerklich schlecht gemacht und werde die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten nicht verbessern, sondern verschlechtern.

Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) sprach von einem „richtig guten Tag". Die Gebührenfreiheit sei ein wichtiger bildungspolitischer Fortschritt und ein Beitrag zu echter Chancengleichheit. Die CDU-Abgeordnete Wulf betonte, man wolle bewusst die Mittelschicht entlasten. „Die ganz Reichen betreffen die Kita-Gebühren nicht, auch die ganz Armen nicht, aber viele junge Familien so um die 30."

Die Grünen-Abgeordnete Julia Willi Hamburg kritisierte das neue Gesetz hingegen scharf. „Es drohen Kitas mit der Schließung, es werden Randzeiten in der Kita-Betreuung abgeschafft." Betriebs-Kindertagesstätten seien bedroht, weil sie nicht genügend Plätze für Externe anbieten könnten. Das Gesetz werde viel zu schnell verabschiedet, erneut arbeite die schwarz-rote Regierung „mit der Brechstange", sagte Hamburg: „Da ist zu viel Flickschusterei im Gesetz."

Auch der FDP-Bildungsexperte Björn Försterling rügte handwerkliche Fehler. So hätten es künftig etwa Waldorf-Kindergärten schwerer, weil sie möglicherweise nicht 50 Prozent ihrer Personalkosten erstattet bekämen, sondern nur 25 Prozent. Auch sei die Vereinbarung, die das Land mit den kommunalen Spitzenverbänden abschließen wolle, um Städten und Gemeinden angesichts der wegfallenden Gebühreneinnahmen zu entlasten, noch nicht unterzeichnet. Auch die AfD sprach von einem schlechten Gesetz.

SPD-Bildungsexperte Stefan Politze warf der Opposition vor, ein Zerrbild zu zeichnen und „Unsicherheit zu säen". Familien bringe die Neuerung eine Entlastung von 1400 bis 4000 Euro pro Jahr. Man werde den Kitas genügend Übergangsfristen einräumen, um etwa die Sprachförderung an die neuen Bedingungen anzupassen. Diese wird künftig wieder an den Kitas geleistet und nicht an den Grundschulen. Die Kitas könnten sich darauf verlassen, dass die Regierung sie nicht im Stich lasse.

Auch Wulf betonte, dass man auf viele Kritikpunkte der Kommunen eingegangen sei und etwa einen Härtefallfonds vereinbart habe. Auch sei eine wesentlich bessere Lösung für die Personalkosten gefunden worden. „Das Land übernimmt 55 von derzeit 20 Prozent der Kosten, und dieser Satz wird auf 58 steigen." Wulf und Politze zeigten sich zuversichtlich, dass es keine Qualitätsverluste geben werde.

### 47 Prozent sind für Gesetz

**Wie umstritten das Kita-Gesetz ist,** zeigt eine Online-Umfrage auf HAZ.de. Der Aussage, „es ist gut, dass die Eltern entlastet werden", stimmten 47 Prozent zu. 45 Prozent finden die Beitragsbefreiung und die damit verbundenen Millionenkosten hingegen falsch. Sie stimmten für die Aussage, „das Geld hätte besser in die Qualität der Kitas gesteckt werden sollen". 8 Prozent sind der Ansicht, „das Land sollte nicht so viel Geld in Kitas investieren". Bei der nicht repräsentativen Abstimmung wurden Ende Mai 1885 Stimmen abgegeben.

Leitartikel Seite 2

# Tauziehen um die VW-Milliarde

## Geldbuße an Niedersachsen überwiesen / Kieler Landesregierung: Mittel bundesweit verwenden

Von Andreas Hess und Michael Berger

**Hannover/Kiel/Lübeck.** Eine Milliarde Euro zusätzlich für die Landeskasse: Die im Abgasskandal gegen den VW-Konzern verhängte Geldbuße ist bereits in Hannover eingegangen. Das gab Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) am Mittwoch im Landtag bekannt. Die Abgeordneten applaudierten.

Während nun in Hannover die unterschiedlichsten Vorschläge für die Verwendung des unverhofften Geldsegens auf den Tisch kommen, gibt es andernorts erheblichen Unmut. So übt

niedersächsischen Landeshaushalt zugutekommt. „Das ist ein Stück aus dem Tollhaus und stellt den Föderalismus auf den Kopf. Niedersachsen weiß nicht wohin mit der Milliarde, während die Kommunen bundesweit mühsam das Geld für die Umsetzung von Luftreinhalteplänen zusammensuchen", sagte Heinold den „Lübecker Nachrichten".

Die Grünen-Ministerin hat auch einen Vorschlag, wie es besser laufen könnte: „Der Anstand würde es gebieten, das Geld bundesweit allen Betroffenen zur Verfügung zu stellen." Überhaupt kein Verständnis hat Heinold dafür, dass VW die Strafzahlung steuerlich geltend machen könnte: „Sollte VW die Strafzahlung jetzt auch noch zulasten aller Bundesländer von der Steuer absetzen können, würde das dem Fass endgültig

gangenen Woche eine Milliarde Euro Geldbuße gegen den VW-Konzern wegen Aufsichtspflichtverletzungen im Abgasskandal verhängt. VW hatte die Strafe angenommen.

Da das Bußgeld von der niedersächsischen Justiz verhängt wurde, kommt es dem Land Niedersachsen zugute. Entgegen ersten Annahmen muss es nicht in den Länderfinanzausgleich eingerechnet werden, wie Weil im Landtag noch einmal betonte. Der Regierungschef ahnt gleichwohl, wie heftig noch um das Geld gerungen werden wird: Um die Vielzahl der Wünsche zu erfüllen, sei das Zehnfache

Von Marco Seng

# Gute Idee, schlechtes Gesetz

Die Abstimmung über das Kita-Gesetz war schon vorbei, da wurde es im Landtag noch einmal persönlich. Alle Abgeordneten von FDP und Grünen gaben am Rednerpult längere Erklärungen ab. Nein, niemand von ihnen sei gegen beitragsfreie Kindergärten in Niedersachsen – wie von der SPD vorgeworfen. Einem aus ihrer Sicht schlecht gemachten Gesetz wolle die Opposition aber trotzdem nicht zustimmen. Und irgendwie passte dieses Ende zur monatelangen, aufgeregten Debatte um die Streichung der Elternbeiträge. Aus einer hübschen Idee wurde ein großes Ärgernis, über das sich Land und Kommunen beinahe überworfen hätten. Aus einem Wahlversprechen von SPD und CDU, das möglichst schnell eingelöst werden sollte, wurde ein hektisch und fehlerhaft gestricktes Gesetz, das am Mittwoch quasi in letzter Minute beschlossen wurde.

Um es klar zu sagen: Die Grundidee, den Kindergarten möglichst kostenlos zu machen, ist absolut richtig. Es geht um gleiche Startchancen für alle Kinder im Leben, es geht um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, es geht um eine finanzielle Entlastung für kleine und mittlere Einkommen. Und es ist auch konsequent, die Kosten für einen Kita-Platz aus Steuermitteln zu finanzieren. Denn frühkindliche Bildung und Betreuung sind eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese sollte gerade in einer alternden Gesellschaft nicht alleine den Eltern aufgebürdet werden.

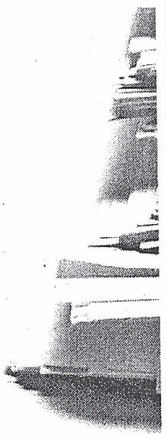
> Wer in den Gratis-Kindergarten investiert, hat womöglich kein Geld mehr, um die Qualität zu heben.

Was gibt es dann noch zu meckern? Eine ganze Menge. Da sind die rechtlichen Unklarheiten, die das Gesetz vielen Beteiligten beschert. Was ist mit den freien Trägern und den Einrichtungen mit besonderem pädagogischen Konzept, die um ihren Fortbestand bangen, wenn sie keine Zusatzbeiträge mehr erheben dürfen? Was ist mit der vorschulischen Sprachförderung, für die viele Kitas offenbar so schnell gar kein Konzept entwickeln können? Und nicht zuletzt: Wer in den Gratis-Kindergarten investiert, hat möglicherweise kein Geld mehr, um die Qualität von Kitas zu heben.

Ein Knackpunkt ist die notwendige Absprache mit den Kommunen über die Finanzierung, die offenbar selbst am Tag der Verabschiedung des Gesetzes noch nicht in trockenen Tüchern war. Trotz Härtefallregelung legen viele Gemeinden am Ende drauf, weil sie künftig deutlich mehr als ein Drittel der Kosten für ihre Kita-Plätze tragen müssen. Dazu kommen möglicherweise die Kosten für neue Bauten und zusätzliche Erzieherinnen, so man denn überhaupt noch welche findet. Es wäre fatal, wenn Kommunen die fehlenden Kita-Einnahmen etwa mit höheren Beiträgen für Krippen wieder hereinholen wollten.

Das Streichung der Kita-Beiträge ist im Kern richtig, mit dem Gesetz hätte sich die Regierung aber ein Jahr mehr Zeit lassen sollen. Jetzt droht eine Reparatur am Bau.

**SPEAKERS' CORNER**



Von Rasmus Buch
Imre Grimm, And
und Gordon Repi

Die Re
einer
Die B
Vertra
tik ve
sind d
derttausende von I
das Land an den
tungsgrenze bringe

Wenn Angela M
Staatsbesuch in Jo
König Abdullah trif
deskanzlerin das e
Thema bekannt vor
der jordanische C
Probleme vermutli
mit denen der de
rungschefin tausch
eine Frage der Pers

Einen Vorteil all
Monarch aus dem N
Widersachern vom
Markus Söders mu
herumschlagen.

Merkel schon.

Allein der gestrig
Befreiungsschlag im
die Kanzlerin beim
sischen Ministerrat i
gischen Meseberg g
tens auf eine Atemp
ja auch etwas vor
Einigung auf die nä